GSG-9-Kämpfer, Einsatzhubschrauber

GUIDO OHLENBOSTEL / ACTION PRESS

PIRATERIE

Mission Impossible

In einer großangelegten Geheimoperation hat die Bundesregierung deutsche Elitekämpfer nach Somalia geschickt, um die Geiseln der Piraten zu befreien – doch am Ende wurde die GSG 9 zurückgepfiffen. Die Operation offenbart Defizite der deutschen Sicherheitsarchitektur.

Das Lagezentrum des Verteidigungsministeriums im 4. Stock des Berliner Bendler-Blocks wurde für geheime Entscheidungen über Leben und Tod gebaut. Der Raum ist so gut abgeschirmt, dass Angela Merkel sich schon beschwerte, hier könne sie ja noch nicht einmal eine SMS abschicken.

Am Mittwoch vergangener Woche, gegen 19 Uhr, sitzen an den Buchentischen des Lagezentrums die wichtigsten Staatssekretäre der Bundesregierung. Seit über drei Wochen treffen sie sich fast täglich im Krisenstab. Die Spitzenbeamten steuern eine der größten Geheimoperationen in der Geschichte der Republik. Elitekämpfer der GSG 9 stehen kurz davor, den deutschen Frachter „Hansa Stavanger“ zu entern, der von somalischen Piraten entführt wurde.

Die Amerikaner haben den Deutschen für den geplanten Angriff als Flaggschiff die USS „Boxer“ geliehen, eine Flotte der Deutschen Marine flankiert den riesigen Hubschrauberträger. Die Schiffe liegen seit Tagen nahe der „Hansa Stavanger“ bereit, hinter dem Horizont, damit die Piraten sie nicht auf dem Radarschirm entdecken können.

Im Berliner Bendler-Block hat August Hanning das Wort. Der Staatssekretär im Innenministerium kommt sofort zur Sache. James Jones, der Sicherheitsberater von Barack Obama, habe im Kanzleramt angerufen und die Aktion abgeblasen. Die US-Regierung werde die „Boxer“ nach Mombasa zurückschicken und die deutschen Gäste wieder entladen. Die Amerikaner möchten sich nicht an einem Himmelfahrtskommando beteiligen. Auch die Einsatzzentrale der Bundespolizei in Potsdam hat vor einem Blutbad gewarnt und sich gegen den Einsatz ausgesprochen.

„Die Aktion kann nicht stattfinden“, sagt Hanning in die Runde. Die Piraten seien wachsam und vorbereitet: „Das Risiko ist zu hoch.“

So endet die Aktion, bevor sie richtig begonnen hat. Fast 32 Jahre ist es her, dass die GSG 9 in der somalischen Hauptstadt Mogadischu die Lufthansa-Maschine „Landshut“ stürmte und die Geiseln aus der Hand eines Terrorkommandos befreite. Der Fall der „Hansa Stavanger“, diesmal vor Somalias Küste, schien symbolträchtig genug, um diesen Erfolg zu wiederholen, wenn auch in viel größerem Maßstab. Über 200 Elitepolizisten, ausgerüstet mit Hubschraubern, Schnellbooten und Hightech-Waffen waren heimlich

VERONIQUE DE VIGUERIE / GETTY IMAGES

Somalische Piraten, Angriffsziel „Hansa Stavanger“: *Todesfalle unter Deck*

über Kenia bis auf 80 Kilometer an das Frachtschiff herangebracht worden.

Die abgeblasene Befreiung der „Stavanger“ ist eine dramatische Geschichte von großer Entschlossenheit, sie offenbart aber auch Defizite. Sie zeigt, dass die Bundesregierung in solchen Extremsituationen kaum in der Lage ist, ihre Sicherheitsbehörden zielgerichtet einzusetzen. Und auch, wenn alles gut gelaufen wäre, gibt es Regionen wie Somalia, in denen selbst hochgerüstete deutsche Elitetruppen nichts ausrichten können, in denen ein solcher Einsatz zur Mission Impossible wird.

Die Absage ist ein herber Schlag für Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Sie wollten diese Geiselkrise militärisch beenden, wenn es denn irgendwie ginge, sie hatten dafür die Zustimmung der Bundeskanzlerin, die sich regelmäßig unterrichten ließ. Schäuble und Steinmeier sind die Dollar-Diplomatie der vergangenen Jahre leid, sie wollten endlich einen Präzedenzfall mit internationaler Strahlkraft: Seht her, die Deutschen zahlen nicht mehr an Gangster oder Terroristen, die Deutschen können auch anders.

Immer wieder werden in entlegenen Winkeln dieser Erde Bundesbürger entführt. Seit 2005 musste der Krisenstab im Auswärtigen Amt mehr als 20 Fälle lösen, fast immer floss Geld.

Das sollte sich nun ändern, doch bei der „Stavanger“-Operation hat sich die Bundesregierung überhoben. Aus dem geplanten Signal der Stärke ist, in diesem Fall, ein Zeichen der Ohnmacht geworden.

Die Folgen könnten gravierend sein. Deutsche Seefahrer müssen künftig damit rechnen, besonders beliebte Entführungsopfer zu werden, anders als Franzosen oder Amerikaner, deren Regierungen nicht davor zurückschreckten, ihre Landsleute gewaltsam zu befreien.

Die Bundesregierung selbst handelte in dieser Krise nicht sonderlich glücklich. Diesmal waren es nicht die üblichen Parteispielchen in der Großen Koalition, sondern Streitereien zwischen den Fachministerien, die eine ohnehin heikle Mission erschwerten. Am Ende gab dann, neben den Zweifeln der Bundespolizei, die neue Administration in Washington den Ausschlag. Mancher Spitzenministeriale in Berlin ist den Amerikanern dankbar dafür, dass sie eine Operation stoppten, die vielleicht in einem Desaster geendet hätte.

In Berlin fehlte es nicht an Entschlossenheit, wohl aber an den Mitteln, um erfolgreich zuschlagen zu können. Zwischen der Berliner Befindlichkeit und der rauen Realität afrikanischer Freibeuter, die sich wenig um interministerielle Kompetenzprobleme scheren, liegen Welten. Der Fall legt gravierende Mängel in der deutschen Sicherheitsarchitektur bloß.

Die GSG 9 trainiert permanent Einsätze auf Schiffen – aber ihr mangelt es an der Logistik für einen schnellen Einsatz jenseits der deutschen Grenzen. Die Bundeswehr kann die Logistik bereitstellen – hat aber nicht genügend einsatzbereite Spezialkräfte. Die Kooperation zwischen den zuständigen Ressorts hakt, juristische Bedenken behindern die Planer obendrein. Und manchmal fehlt es schlicht an Gerät. So musste sich die Bundesregierung erst Flugzeuge leihen und dann auch noch den Hubschrauberträger, um ihre Nahkampfexperten in das Einsatzgebiet zu bringen – zu spät, drei Wochen nach dem 4. April.

An diesem Samstag greifen die Piraten die „Hansa Stavanger“ an, weit draußen auf dem Indischen Ozean. Das Schiff der Hamburger Reederei Leonhardt & Blumberg ist nicht nur gut beladen mit Containern, noch wertvoller für die Piraten ist die Mannschaft. Neben Russen, Ukrainern und Philippinern gehören fünf Deutsche dazu.

Nach dem Entern lassen die Piraten Kurs in Richtung Harardere nehmen. Das Dorf ist eines der übelsten Piratennester Somalias. Insgesamt liegen vor der Küste des Landes mindestens 17 gekaperte Schiffe, etwa 300 Seeleute warten auf ihre Befreiung.

Der erste Funkspruch trifft in Deutschland schon Samstagmittag ein. Noch am frühen Nachmittag richtet die Bundespolizei, zu der die GSG 9 gehört, eine Aufbauorganisation ein.

Am nächsten Vormittag trifft sich im Auswärtigen Amt in Berlin der Krisenstab. Es ist ein Sonntag, aber für die Katastrophenexperten aus dem Innen- und dem Außenministerium ist der Ausnahmezustand ohnehin schon Routine.

Eines aber ist anders an diesem Morgen. Die Runde hat zwar erst spärliche Informationen, es gibt noch keinen Kontakt zu den Piraten, keine Lösegeldforderung. Aber es gibt schon eine einhellige Meinung: Es reicht jetzt. Dieses Mal soll niemand zahlen, nicht die Reederei und schon gar nicht die Bundesrepublik. Dieses Mal soll geschossen werden, wenn nötig. „Das ist der Lackmustest, ob dieses Land in der Lage ist, ein solches Drama ohne Lösegeld zu beenden“, sagt ein Mitglied des Krisenstabs.

An diesem Morgen führen zwei Männer das Wort, die dabei sind, Deutschlands Sicherheitspolitik an einem wichtigen Punkt zu verändern: Reinhard Silberberg, 55, Steinmeiers Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Chef des Krisenstabs. Der Karrierediplomat gilt als durchsetzungsstark, und er hält nichts davon, Geldsäcke irgendwo vor Afrika abzuwerfen.

Der zweite Mann ist August Hanning, 63. Als Ex-Chef des Bundesnachrichtendienstes hat er viele Geiselkrisen durchgestanden. Hanning ist der Antreiber der Regierung in Sicherheitsfragen. Dafür

braucht es manchmal Härte, das ist seine Überzeugung.

Seit bald vier Jahren arbeiten Hanning und Silberberg zusammen, wenn es um Geiselnahmen geht. Zwischen ihnen herrscht eine latente Spannung, die sich gelegentlich entlädt. Hanning hat lange geglaubt, das Auswärtige Amt sei zu weich und allzu rasch zu schnellen Deals bereit. Silberberg kontert dann, er würde ja gewaltsame Lösungen befürworten, nur seien es meist die Polizisten, die bei konkreten Anfragen kniffen.

Doch dieses Mal soll es anders werden. Die Staatssekretäre im Krisenstab einigen sich am Morgen nach der Entführung darauf, zuzuschlagen. Die GSG 9 soll es machen, nicht das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr.

Schon im November hatten die Ressorts eine Grundsatzvereinbarung getroffen. „Geisellagen“ soll demnach die GSG 9 bearbeiten. Zur Sicherheit telefoniert Hannings Chef, Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU), mit seinem Parteifreund Franz Josef Jung, dem Verteidigungsminister. Jung ist froh, dass Schäuble die GSG-9-Vereinbarung bestätigt. Die Polizeitruppe ist erfahrener bei Entführungen und darf ohne rechtliche Verwicklungen agieren. Polizisten jagen Verbrecher, das geht den Bundestag nichts an. Ein Angriff der KSK wäre ein Militäreinsatz, den das Parlament beschließen müsste. Außerdem gilt Jung als jemand, der nicht gern in der ersten Reihe steht.

Dabei sind seine Leute schon ziemlich nah dran. Die Funker der Fregatte „Rheinland-Pfalz“ haben den Notruf des „Stavanger“-Kapitäns aufgefangen. Das Kriegsschiff unter Kapitän Markus Rehbein ist 250 Seemeilen entfernt. Die „Stavanger“ hält Kurs auf Harardere, es scheinen nur fünf oder sechs Piraten an Bord zu sein.

Die Runde im Auswärtigen Amt fragt sich, wie man verhindern kann, dass die Piraten Harardere erreichen. Dort bekämen sie mit Sicherheit Verstärkung, es eilt. Silberberg wird eindeutig. „Solange nur fünf Piraten an Bord sind, können wir zuschlagen und die Sache schnell beenden“, sagt er. Hannings Leute versprechen, die GSG 9 könne in 96 Stunden einsatzbereit im nächstgelegenen sicheren Hafen sein, im kenianischen Mombasa also. Das wäre schnell für eine solche Operation. Aber in 24 Stunden werden die Seeräuber Harardere erreicht haben.

Die „Rheinland-Pfalz“ hat über 200 Mann Besatzung, sie verfügt über Geschütze, Raketen, Hubschrauber. Sie könnte die Piraten stoppen. Die Fregatte hat zwar ein Enterkommando an Bord, etwa ein Dutzend Männer von den „Spezialisierten Einsatzkräften Marine“. Aber die Marineinfanteristen wurden nie für Geiselbefreiungen ausgebildet. Das gekaperte Schiff zu stoppen wäre kein Problem, doch was wäre dann mit den Geiseln?

Als die Piraten die deutsche Fregatte entdecken, meldet sich der Kapitän der „Hansa Stavanger“ per Funk. Er bittet Rehbein, größeren Abstand zu halten, er fürchtet um das Leben seiner Crew. Rehbein gehorcht, er greift nicht ein.

Die zweite Gelegenheit bietet sich in den Tagen danach. Die „Hansa Stavanger“ ist nach Harardere gefahren. Doch plötzlich läuft sie wieder aus, mit 14 Bewaffneten an Bord. Die Piraten wollen einer anderen Bande zu Hilfe eilen, die im Indischen Ozean das amerikanische Containerschiff „Maersk Alabama“ geentert hat und nun von der US-Marine gejagt wird.

Das Drama um den amerikanischen Frachter ist so etwas wie das Gegenmodell zur „Stavanger“-Entführung. Gleich an Bord wehrt sich die Crew. Die Piraten fliehen in einem winzigen Rettungsboot, aber sie kidnappen den Kapitän, Richard Phillips. Scharfschützen der US-Marine erschießen später drei der Piraten und befreien Phillips unverletzt.

Die zu Hilfe eilenden Seeräuber auf der „Hansa Stavanger“ werden mittlerweile von der zweiten deutschen Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“ beschattet. Die Piraten finden ihre Kumpane nicht, sie irren im Indischen Ozean herum. Während dieser Tage, hofft man im Krisenstab, müsse es doch machbar sein, die „Stavanger“ zurückzuerobern oder sie zumindest abzudrängen, damit sie nicht nach Harardere zurückkehren kann.

AP

US-Kriegsschiff „Boxer“, Minister Schäuble, Jung, Steinmeier: *Signal der Ohnmacht*

GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS

Im Schutz der Dunkelheit springen 18 Kampfschwimmer mit dem Fallschirm aus einem Transall-Flugzeug in der Nähe der „Mecklenburg-Vorpommern“ ab. Ein Schlauchboot sammelt sie ein und bringt sie auf die Fregatte. Die Kampfschwimmer gehören zur Elite der Bundeswehr, sie sollen sich zum Entern bereithalten.

Im Krisenstab wird überlegt, den deutschen Frachter mit einem Warnschuss vor den Bug oder einem Schuss ins Ruder zu stoppen. Wie die Soldaten dann die Geiseln befreien könnten, ist allerdings offen.

So gleitet die Fregatte brav in ein paar Seemeilen Entfernung hinter der „Hansa Stavanger“ her, der Kapitän greift nicht ein. Nach der vergeblichen Suche gehen die Piraten wieder bei Harardere vor Anker.

Schäuble und sein Staatssekretär Hanning klagen über die Militärs, die sie zu zaudernd finden. Mit der Einigkeit der ersten Tage ist es in der Bundesregierung längst vorbei. Hanning ist nicht zufrieden mit den Hilfsdiensten der Bundeswehr, er sucht die Unterstützung der USA. Das Innenministerium sondiert, ob man nicht den Hubschrauberträger USS „Boxer“ benutzen kann.

Außen- und Verteidigungsministerium sind nicht begeistert von der Idee. Jungs Staatssekretär findet, dass die deutschen Schiffe ausreichen. Das Auswärtige Amt warnt, man begebe sich in Abhängigkeit von anderen. Die Diplomaten fürchten, dass die Amerikaner auf ein offensiveres Vorgehen gegen die Piraten pochen – dass es nachher genau andersherum kommt, ahnt niemand.

Das Innenministerium setzt allerdings durch, dass die Amerikaner offiziell um Hilfe gebeten werden. Washington stellt die USS „Boxer“ zur Verfügung, einen riesigen Hubschrauberträger, es kann losgehen. Die Pier im Hafen von Mombasa wird abgeriegelt, rund um die Ladeluken der „Boxer“ lassen die Amerikaner Container aufstellen, so dass noch nicht mal von den umliegenden Hügeln beobachtet werden kann, dass Deutsche schweres Gerät an Bord schaffen.

Doch damit sind die logistischen Probleme des Einsatzes noch nicht gelöst. Hannings Elite-Einheit ist auf Großflugzeuge angewiesen, die sie von einer russisch-ukrainischen Firma mieten muss. Denn die Bundeswehr sieht sich nicht in der Lage, die sechs Spezialhubschrauber der GSG 9 nach Afrika zu bringen. Das Innenministerium fordert mehrere Antonow-Transporter an, aber auf die Schnelle sind nicht genügend Maschinen verfügbar.

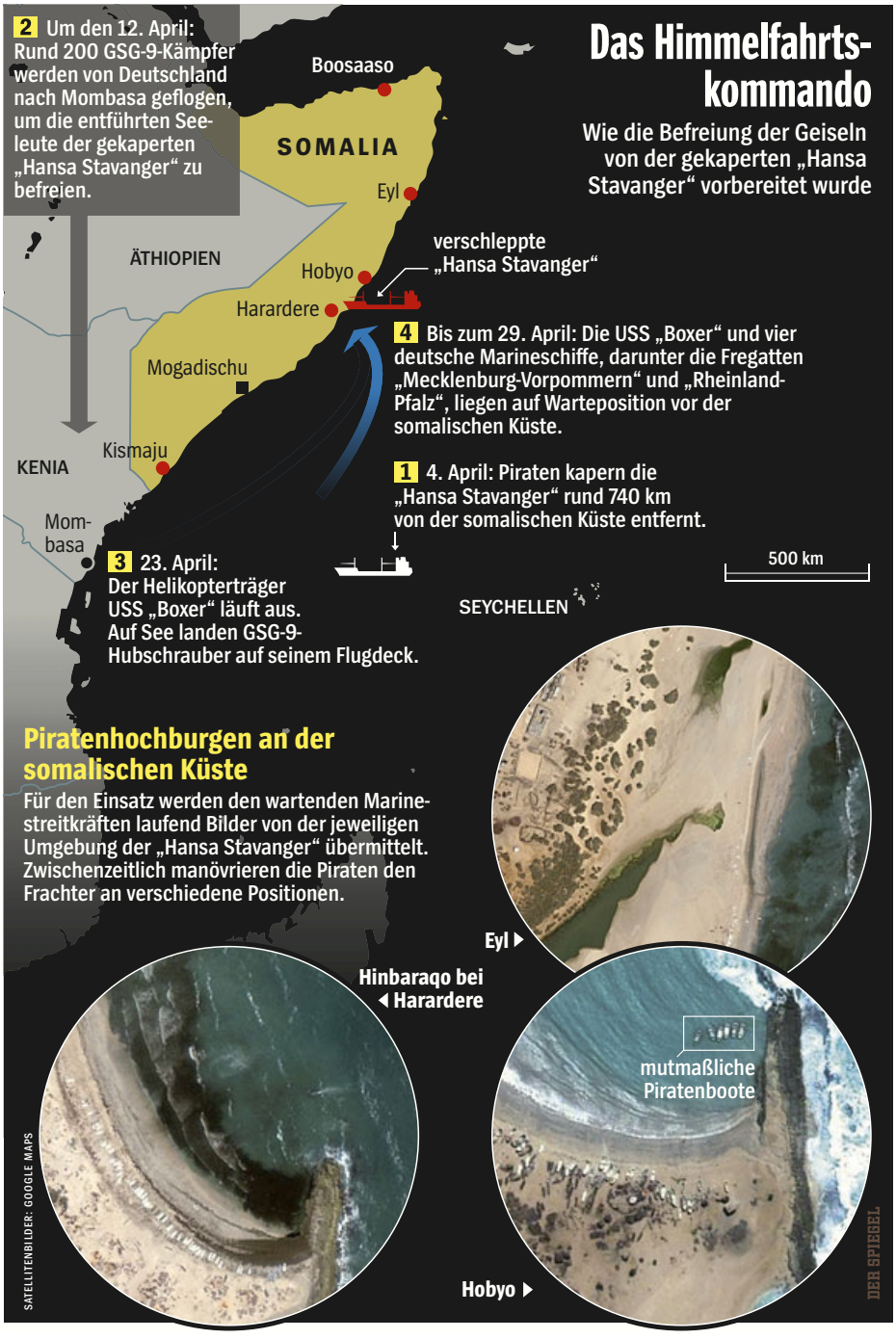
Mittlerweile ist auch die erste Lösegeldforderung eingetroffen. Über das Satellitentelefon des Schiffs gibt es einen Kontakt zwischen den Entführern und der Reederei. 15 Millionen Dollar wollen die Piraten haben. Bei der Reederei am Hamburger Elbufer steht alles für das Feilschen bereit, auch die Versicherung hat einen Vertreter geschickt. Sie soll ja schließlich zahlen, irgendwann.

Am Karfreitag, endlich, kann die Bundesregierung handeln. Zwei Antonow An-124, drei Iljuschin Il-76, eine Transall und ein Airbus fliegen am Ostersonntag Waffen, Sprengstoff und sechs „Puma“- und „Bell“-Hubschrauber nach Mombasa. Das Technische Hilfswerk organisiert die Logistik, von der GSG 9 kommt, nach dem Vorauskommando, nun der Rest der Truppe, mehr als 200 Mann.

Das Gerät wird durch den Flughafen Mombasa geschleust – eine heikle Sache für die Regierung in Kenia, die sich nicht zu offen gegen die somalischen Nachbarn stellen will. Jeden einzelnen Militärtransport meldet die deutsche Botschaft in Nairobi per Verbalnote bei der kenianischen Regierung an, mit einem vagen Hinweis auf militärisches Material und Dank für die Kooperation.

Dass die Kenianer kooperieren, liegt auch an der Arbeit von Walter Lindner, dem deutschen Botschafter in Nairobi. Lindner nutzt seine Kontakte in die Regierung, um gut Wetter zu machen. Er wünscht dem „lieben Moses“ Wetangula, Kenias Außenminister, per SMS frohe Ostern und tippt ins Handy: „Let’s talk later this week.“ Übersetzt heißt das: Im Moment möchten wir lieber nicht über Details der seltsamen Transporte reden.

Die GSG 9 richtet unterdessen ihr Hauptquartier im Ferienhotel Bahari



HORAND KNAUP / DER SPIEGEL

GSG-9-Quartier Bahari-Beach in Mombasa: *Kampftaucher im Swimmingpool*

Beach am Strand von Mombasa ein. Am Eingang des Bahari Beach weht ein Banner: „World of TUI“, das Hotel wird gern von Deutschen gebucht. Die Kommandozentrale kommt in die Etage über der Rezeption, die Kämpfer schließen alle Vorhänge, wo das nicht reicht, wird Pappe in die Rahmen geklemmt. Draußen stellen Techniker Satellitenschüsseln auf, drinnen brennt nun Tag und Nacht Licht.

Die Kampftaucher, Scharfschützen und Fallschirmspringer geben sich Mühe, nicht aufzufallen. Sie drängeln nicht beim Buffet, sie legen sich am Pool in die zweite Reihe. Aber es sind alles Männer mit ungewöhnlich breiten Schultern, muskulösen Oberarmen und rasierter Brust. Und sie tauchen minutenlang zur Übung und kraulen in hoher Geschwindigkeit durch den Pool, vorbei an älteren Damen, die sich mit Wassergymnastik beweglich halten. An der Bar verschmähen die Männer das gezapfte Tusker-Bier und trinken Wasser mit einem Schuss Zitrone.

In Hamburg kommt langsam Bewegung in die Sache: Die Piraten reduzieren ihre Lösegeldforderung. Sechs Millionen Dollar. Zu viel, sagt die Reederei, sie bietet 600 000. Es ist das übliche Spiel, Piraten-Poker. Wer hektisch wird, verliert.

Im Bahari Beach wird es nun ernst für Olaf Lindner. Er ist 42 Jahre alt und seit dreieinhalb Jahren Chef der legendären GSG 9. Lindner ist ein zurückhaltender Mann, höflich, aber bestimmt. Er weiß, dass Berlin irgendwann eine Entscheidung fordern wird: angreifen oder nicht. Er weiß auch, dass es die wohl schwierigste Entscheidung seines Lebens werden wird. Geht alles gut, wird es viele Sieger geben. Geht es schief, wird vor allem einer verantwortlich sein: er selbst.

Am Donnerstag vor zwei Wochen um 17 Uhr legt die „Boxer“ ab. Am nächsten Morgen, als das Kriegsschiff außer Sichtweite ist, fliegen die GSG-9-Piloten ihre Hubschrauber auf das Schiff. Als Flankenschutz stoßen vier deutsche Schiffe mit insgesamt rund 800 Mann Besatzung zur „Boxer“: die Fregatten „Rheinland-Pfalz“, „Mecklenburg-Vorpommern“ und „Emden“, dazu das Versorgungsschiff „Berlin“.

Nach fast drei Tagen erreicht der Geleitzug die Warteposition vor Harardere. Lindner weiß, dass die Piraten stets ein halbes Dutzend der Geiseln auf die Brücke der „Stavanger“ bringen. Der Rest ist unter Deck versteckt. Rund 30 Piraten zählt der GSG-9-Kommandeur, sie sind bewaffnet mit Maschinengewehren, Pistolen, Kalaschnikows und Panzerfäusten. Die Wachen werden regelmäßig abgelöst, das Schiff ist beleuchtet.

Schlimmer geht es nicht. Lindner prüft seine Optionen. Er könnte die Hubschrauber schicken, aber das wäre Wahnsinn, die Piraten würden die Helikopter hören und womöglich die Geiseln umbringen. Also eine Kombinationstaktik: Erst könnten die Taucher los, Schlauchboote und ihre Unterwasser-Zugmaschinen würden sie bis zur „Stavanger“ bringen. Dann könnten sie mit Saugnäpfen an der Bordwand hochklettern. Die Piraten würden das Feuer eröffnen, die Taucher müssten im Kugelhagel sofort versuchen, die Geiseln zu schützen, dann erst kämen die Hubschrauber.

GIRIBAS / ROPI

GSG-9-Chef Lindner
Gewaltiger Druck

Doch es gibt zwei Gruppen von Geiseln, mindestens. Die auf der Brücke könnten von Kampfschwimmern schnell erreicht werden. Aber unter Deck ist jedes Frachtschiff ein Labyrinth, das zur Todesfalle werden kann.

Die Frage der Risikobewertung führt zu Streit in der Bundesregierung. Silberberg verlangt eine schriftliche Einschätzung der Polizei. Erst sagt Hanning, die gebe es noch nicht, dann erläutert er die Risiken mündlich. Näheres unterliege der operativen Geheimhaltung.

Im Außenamt wächst der Zorn über das Innenministerium, die Diplomaten fühlen sich nicht gut genug informiert. Am Montagabend trifft sich der Krisenstab wieder. Die Staatssekretäre wollen den Einsatz, auch Silberberg. Die Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wird ins Auge gefasst, vielleicht auch die danach. Dabei ist noch längst nicht alles klar.

Auch der GSG-9-Chef ist nicht entschieden. Lindner ist über eine abhörsichere Leitung aus dem Indischen Ozean zugeschaltet. Ein gewaltiger Druck lastet auf ihm. Lindner will noch beobachten, auf eine Chance warten, unter diesen Bedingungen ist ein Einsatz kaum zu gewinnen.

Steinmeier rechnet mit einem wahrscheinlichen Zugriff in der Nacht zu Donnerstag. Für seine kurzfristig anberaumte Afghanistan-Reise nimmt er ein Telefon mit Verschlüsselungsfunktion mit.

Am Mittwoch meldet sich Silberberg bei seinem Chef in Kabul. Der Staatssekretär berichtet von einer noch unbestätigten Nachricht, die sich in Berlin herumspricht. Die US-Militärs raten massiv von einer gewaltsamen Befreiung ab und wollen ihre „Boxer“ nicht länger bereitstellen.

Am Nachmittag ist die Information dann amtlich. US-Sicherheitsberater James Jones ruft seinen Kollegen Christoph Heusgen an, den außenpolitischen Berater der Kanzlerin. Der unterrichtet gegen 18 Uhr die zuständigen Staatssekretäre. Noch bevor der Krisenstab tagt, ist das Ende klar. Hanning agiert, wie in den Wochen zuvor, entschlossen. Er bläst zum Rückzug und beordert die GSG 9 nach Hause.

In Berlin geht es jetzt um die Frage, was schiefgelaufen ist. Drei Wochen dauerte die Operation, sie hat die Staatskasse mehr Millionen gekostet als alle Lösegeldzahlungen der vergangenen Jahre zusammen. Die GSG 9, das hat der Versuch gezeigt, kann ohne bessere Logistik, ohne verfügbare Flugzeuge und Schiffe, im Ausland nicht schnell genug operieren.

Es läge nahe, alles in den Händen der Bundeswehr zu bündeln, aber dafür müsste sich die Armee konsequenter auf Einsätze fern der Heimat ausrichten. Bislang hat Verteidigungsminister Jung für eine solche Reform weder die Kraft noch die Mittel gefunden.

In Somalia geht es ab sofort wieder um das, was in Berlin als der „normale Weg“ bezeichnet wird: das Gefeilsche um Lösegeld zwischen der Reederei und den Geiselnehmern. Es liegen immer noch zwei, drei Millionen Euro zwischen Forderung und Angebot. Doch die Piraten gelten als verlässliche Geschäftspartner, für etwa zwei Millionen Dollar werden sie die Geiseln wohl ziehen lassen.

Im Indischen Ozean vor der Küste von Harardere kreuzen allerdings noch immer die Fregatten der Deutschen Marine. Die Soldaten könnten die Piraten jagen, wenn sie die Geiseln gegen Lösegeld freigelassen haben. Auch das wäre ein Signal. Vielleicht beobachten sie aber auch wieder nur aus der Entfernung.

Ralf Beste, Matthias Gebauer, Clemens Höges, Horand Knaup, Holger Stark, Alexander Szandar, Andreas Ulrich